

**Reihe „Pädagogik und Fachdidaktik für LehrerInnen“**

Herausgegeben von der

**Abteilung „Schule und gesellschaftliches Lernen“**

des Interuniversitären Instituts für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung

Christine Ehmoser

## **Die Maturafrage**

**Zusammenschau, Folgerungen und Ausblick  
über eine Befragung zur interdisziplinären  
Reifeprüfung aus „Politische Bildung“ an einer  
Berufsbildenden Höheren Schule in Wien**

PFL-ArtHist, Nr. 6

IFF, Klagenfurt 1999

Redaktion:  
Marlies Krainz-Dürr

Die Universitätslehrgänge „Pädagogik und Fachdidaktik für LehrerInnen“ (PFL) sind interdisziplinäre Lehrerfortbildungsprogramme der Abteilung „Schule und gesellschaftliches Lernen“ des IFF. Die Durchführung der Lehrgänge erfolgt mit Unterstützung von BMUKA und BMWV.

# Inhaltsverzeichnis

---

|   |    |
|---|----|
| <u>Inhaltsverzeichnis</u> .....   | 2  |
| <u>1. Einleitung</u> .....  | 3  |
| <u>2. Fragestellung:</u> .....  | 5  |
| <u>3. Hypothese</u> .....   | 6  |
| <u>4. Methode</u> .....   | 7  |
| <u>5. Ergebnis der Umfrage</u> .....  | 8  |
| <u>a. Schülerbefragung</u> .....  | 8  |
| <u>b. Lehrerbefragung</u> .....   | 8  |
| <u>6. Resümee</u> .....   | 11 |
| <u>a. Fragebögen</u> .....  | 11 |
| <u>b. Schlussfolgerungen in Bezug auf die konkrete Fragestellung:</u> ..... | 11 |
| <u>7. Ausblick</u> .....  | 14 |
| <u>8. Anhang</u> .....  | 15 |

# 1. Einleitung

---

Ausgangspunkt meiner Untersuchung ist der Gegenstand "Geschichte und Politische Bildung", den ich an einer Höheren Technischen Lehranstalt (HTL) seit mehreren Jahren, wenn auch nicht regelmäßig, unterrichte. (Mein Hauptfach ist Englisch. Der Mangel an Lehrverpflichtungseinheiten in diesem Fach wird durch ein Überangebot an geprüften Lehrer/innen bei gleichzeitiger Stundenreduktion aufgrund neuer Lehrpläne bedingt.)

Die Reifeprüfungsvorschrift für Höhere Technische und Gewerbliche Lehranstalten sieht nun vor, dass bei der mündlichen Reifeprüfung aus vier Prüfungsgebieten gewählt werden kann:

- "Religion",
- "Deutsch",
- "Lebende Fremdsprache" oder
- "Politische Bildung".

(Verordnung des Bundesministers für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten über die abschließenden Prüfungen in den berufsbildenden (...) höheren Schulen; BGBl. Nr.847/92 in der Fassung vom 3. April 1998, BGBl. II Nr.116/1998)

Das Prüfungsgebiet "Politische Bildung" umfasst dabei "entsprechend dem jeweiligen Lehrplan entweder die Pflichtgegenstände "Rechtskunde und Politische Bildung sowie "Geschichte" bzw. "Geschichte und Sozialkunde (GSK)" oder die Pflichtgegenstände "Wirtschaftliche Bildung, Rechtskunde und Politische Bildung (WRPB)" sowie "Geschichte " bzw. "Sozialkunde" oder die Pflichtgegenstände "Geschichte und Politische Bildung" sowie "Wirtschaft und Recht."

Bei unserem ausdrücklich berufsorientierten Schultyp nehmen humanistische Fächer gegenüber den fachtheoretischen Gegenständen sowie dem praktischen Unterricht in der Werkstätte bzw. dem Labor eine nachgeordnete Stellung ein. Dies ist aus den Stundentafeln (siehe Anhang) deutlich zu entnehmen.

Nach den derzeit geltenden Lehrplänen wird, in allen an unserer Schule geführten Abteilungen, das sind im Einzelnen die Höheren Lehranstalten für:

- Elektrotechnik
- Elektronik
- Maschineningenieurwesen
- Mechatronik (ab Herbst 1999)

der Gegenstand "Geschichte und Politische Bildung" jeweils 2-stündig im 4. und 5. Jahrgang, d.h. in der 12. und 13. Schulstufe (derzeit ausschließlich von Frauen) unterrichtet.

Der Gegenstand „Wirtschaft und Recht“ wird von Juristen bzw. Kommerzialisten (i.e. Lehrer wirtschaftlicher Fächer, derzeit zwei männliche Lehrkräfte) unterrichtet. Dafür sind insgesamt 5 Wochenstunden im 4. bzw. 5.Jahrgang vorgesehen.

Der 2-jährige Aufbaulehrgang Elektronik (der im Anschluss an eine einschlägige Fachschul-ausbildung bzw. eines Vorbereitungslehrganges ebenfalls zur Reifeprüfung führt) sieht für die

Gegenstände "Geschichte und Sozialkunde" bzw. „Wirtschaftliche Bildung, Rechtskunde und Staatsbürgerkunde“ jeweils 2 Wochenstunden im 2. Jahrgang vor.

Bei der Reifeprüfung können, wie eingangs erwähnt, die KandidatInnen im Rahmen der mündlichen Reifeprüfung das Fach "Politische Bildung" wählen. Dieses Fach beinhaltet jedoch die Lehrinhalte beider oben angeführten Gegenstände, obwohl diese weder vom selben Lehrer noch (im Lehrplan nicht vorgesehen) fächerübergreifend unterrichtet werden.

Da ich im Schuljahr 1998/99 wieder eine Abschlussklasse in "Geschichte und Politischer Bildung" unterrichtete, sah ich mich erneut mit der Problematik der Fächerkombination bei der Reifeprüfung konfrontiert.

Schon in früheren Jahren erschien mir die vom Gesetz vorgeschriebene Regelung unausgewogen, wenn nicht geradezu absurd. Ursprünglich waren sogar 3 Gegenstände zusammengefasst worden, was die Kommunikation mit den SchülerInnen und auch unter den KollegInnen nicht gerade erleichtert hatte.

Immerhin war durch die Zusammenfassung der Gegenstände "Wirtschaft und Recht" und "Staatsbürgerkunde" zum Gegenstand "Wirtschaft und Recht" aus dem Trio der betroffenen LehrerInnen ein Duo geworden. Dennoch schien mir auch die gegenwärtig geltende Regelung "getrennt unterrichten – gemeinsam prüfen" keineswegs befriedigend, und so machte ich sie zum Gegenstand meiner Fallstudie.

## **2. Fragestellung**

---

**„Wie sinnvoll ist eine erstmalige Fächerkombination ausgerechnet bei der mündlichen Reifeprüfung?“**

Wie bereits erwähnt, übernahm ich im Schuljahr 1998/99 eine Abschlussklasse (5HUA). Ich hatte diese Klasse im Gegenstand “Geschichte und Politische Bildung” zwar noch nie zuvor unterrichtet, kannte aber alle SchülerInnen bereits aus dem Englischunterricht.

Innerhalb eines erheblich verkürzten Schuljahres (das 2. Semester endete für die 5HUA bereits am 30. April 1999) stand mir leider zuwenig Spielraum für zeitintensive Verfahren wie Interviews o.ä. zur Verfügung. (Darüber hinaus hatte ich genau mit derselben Klasse im Februar 1999 eine Sprachreise nach Irland unternommen, für deren Planung und Durchführung ich alleinverantwortlich gewesen war. Die Vor- und Nachbereitung dieser Reise nahm während des laufenden Schuljahres einen beträchtlichen Teil meiner Kapazität in Anspruch.)

Es erwies sich später als vorteilhaft, dass ich schon im Herbst 1998 der Klasse angekündigt hatte, dass ich sie in meine Fallstudie im Rahmen des IFF-Lehrgangs miteinbeziehen wollte.

### 3. Hypothese

---

Meine Hypothese im Hinblick auf die Attraktivität des Maturafaches “Politische Bildung” aus Sicht der SchülerInnen formulierte ich wie folgt:

*“Ich werde doch keinen Gegenstand zur Reifeprüfung wählen, der die Inhalte von zwei Fächern vereint, die noch nie gemeinsam vorgetragen wurden, und wo ich erst am Tag der mündlichen Prüfung erfahre, von welcher/m LehrerIn ich geprüft werde.”*

Wann immer während des Schuljahres die Frage nach den Wahlfächern bei der mündlichen Reifeprüfung aufgetaucht war, hatte ich die potentiellen KandidatInnen auf diese ungewöhnliche Situation aufmerksam gemacht. Doch sie schienen sich darum weniger zu sorgen als ich. Ich kontaktierte daher den Kollegen, der in dieser Klasse “Wirtschaft und Recht” unterrichtete. Auch ihm waren bislang keine Klagen bezüglich des zu erwartenden “doppelten” Prüfungstoffes zu Ohren gekommen.

Die Erfahrungen früherer Jahre hatten uns aber gezeigt, dass SchülerInnen häufig den Umfang des Prüfungstoffes unterschätzten und zu “Spekulationen” über das wahre Ausmaß der Prüfungsgebiete neigten. Dies wollten wir, da von der Klasse diesbezüglich keine Anfragen kamen, von vornherein vermeiden.

Durch wiederholte, etwa im Zeitraum eines Monats erfolgte Gespräche versuchten wir gemeinsam, etwaige Überschneidungen bzw. Doppelgleisigkeiten des Lehrstoffes auszuloten bzw. zu vermeiden. Dies gelang z.B. bei den Themenbereichen “Erste und Zweite Republik Österreich (Entwicklung der Verfassung) oder “Österreich und die Europäische Union” . Außerdem vereinbarten wir noch vor Weihnachten 1998 (also noch vor der offiziellen Anmeldefrist für die Zulassung zur Reifeprüfung), dass sowohl in “Geschichte und Politischer Bildung” als auch im Gegenstand “Wirtschaft und Recht” der Prüfungstoff jeweils 20 Themenbereiche umfassen und damit anteilmäßig gleich verteilt werden sollte. Im meinem Gegenstand verfuhr ich außerdem so, dass jede/r SchülerIn im Laufe des Jahres ein Referat auszuarbeiten und vorzutragen hatte, das bereits wesentliche Aspekte zu einem der Themenbereiche enthielt. Damit hoffte ich, eine weitere Hilfestellung zur effizienteren Vorbereitung auf die Erfordernisse der Reifeprüfung zu geben.

Ein wichtiges Argument für meine Vorgangsweise war, dass sich die Klasse bisher sehr vernünftig und verantwortungsvoll verhalten hatte. Da mein Kollege meine Ansicht teilte, bezogen wir die Klasse in unsere Überlegungen mit ein. Sobald die Themenbereiche geklärt waren, wurden sie durch Aushang in der Klasse bekannt gegeben.

Ein zusätzliches Angebot unserer Abmachung war, dass wir für weitere Hilfestellungen zur Verfügung stünden, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die Klasse weiterhin mit dem erforderlichen Engagement am Unterricht teilnehmen würde und genügend Reife für diese Vereinbarung erkennen ließe.

Am Ende des ersten Semesters mussten die SchülerInnen schließlich ihre Nennungen für die Wahlfächer abgeben. Ich war gespannt: Würde sich meine Hypothese bestätigen und die SchülerInnen wegen der zu erwartenden Doppelbelastung lieber andere Fächer wählen? Die Anzahl der KandidatInnen schien mir Recht zu geben: nur 2 von 13 SchülerInnen der 5HUA hatten das Fach “Politische Bildung” angekreuzt.

## 4. Methode

---

Dieses Faktum wollte ich genauer analysieren und mit den Nennungen der anderen Abschlussklassen an unserer Schule vergleichen. Dadurch hoffte ich ausreichend Datenmaterial für eine Bestätigung oder Widerlegung meiner Hypothese zu bekommen. Die Erstellung eines Fragebogens schien mir die dafür am besten geeignete Methode zu sein.

Ich entschied mich für diese Methode, weil sie relativ einfach zu administrieren war und darüber hinaus einen repräsentativen Querschnitt über die Situation an unserer Schule liefern sollte. (Der genaue Wortlaut der Fragebögen samt Begleitschreiben findet sich im Anhang.)

Bei der Erstellung der Fragebögen ging ich von folgenden Überlegungen aus: es sollten alle SchülerInnen unserer Schule, die den Gegenstand „Politische Bildung“ zur mündlichen Reifeprüfung im Schuljahr 1998/99 gewählt hatten, erfasst werden. Andererseits interessierten mich die Meinungen und Überlegungen zu diesem Problemkreis all jener KollegInnen, die die Abschlussklassen unterrichtet hatten.

Daher entwickelte ich zwei voneinander unabhängige Fragebögen für die jeweilige Zielgruppe. Außerdem verfasste ich zu jedem der Fragebögen ein Begleitschreiben, das die Motive meiner Befragung darlegte und um Unterstützung bei meiner Untersuchung warb. Um etwaige Hemmschwellen besonders bei den SchülerInnen von vornherein abzubauen, verzichtete ich ausdrücklich auf die Namensnennung. Ich begnügte mich mit der Klassenangabe und sicherte allen Befragten, natürlich auch meinen KollegInnen, vollste Anonymität zu.

Bevor ich die Fragebögen tatsächlich verteilte, holte ich die Zustimmung des Schulleiters zur Durchführung der Befragung ein. Zunächst informierte ich ihn über meine Absicht, für den Lehrgang ArtHist eine Fallstudie durchführen zu wollen. Ich legte ihm bei dieser Gelegenheit die bereits fertigen Fragebögen vor. Er zeigte sich sehr interessiert und formulierte den Wunsch, über das Endergebnis der Umfrage informiert zu werden. Gleichzeitig äußerte er seine persönlichen Bedenken im Hinblick auf die derzeit gültigen Bestimmungen der Reifeprüfungsverordnung in Bezug auf das Fach „Politische Bildung“. Er erklärte, dass es sich eigentlich um eine eher willkürliche Bestimmung handle, die eine (rein mathematisch begründete) Ausgewogenheit der Stundenanzahl der Maturafächer zum Ziel habe. (Theoretisch wäre es daher denkbar, „Religion“ mit „Leibesübungen“ zu verknüpfen!). Nachdem ich das Einverständnis des Schulleiters zur Durchführung der Umfrage bekommen hatte, legte ich Anfang Juni 1999 die Fragebögen in die Postfächer der LehrerInnen mit der Bitte, die Lehrerfragebögen persönlich zu beantworten und die Schülerfragebögen entsprechend weiterzuleiten. Die Teilnahme an der Befragung war natürlich freiwillig, deshalb wartete ich mit Spannung auf die Rücklaufquote. Da an unserer Schule bis zur letzten Schulwoche Reifeprüfungen abgehalten wurden, lag das endgültige Ergebnis erst Anfang Juli 1999 vor.

## **5. Ergebnis der Umfrage**

---

### ***a. Schülerbefragung***

Von 23 ausgegebenen Fragebögen wurden 15 ausgefüllt und abgegeben, das entspricht einer Rücklaufquote von 65%.

#### **Frage 1: Gründe für die Wahl des Gegenstandes** (es waren Mehrfachnennungen möglich):

Interesse (11 SchülerInnen), bisherige Leistungen in den Gegenständen (7), Hoffnung auf eine gute Note (4), andere Gründe (2): "sprachlich nicht so begabt"; "Herausforderung"

#### **Frage 2: Interesse am Stoffgebiet :**

GSK: a) sehr interessant (5) b) interessant (6) c) neutral (4) d) uninteressant (0)

WRPB: a) sehr interessant (8) b) interessant (4) c) neutral (3) d) uninteressant (0)

Als Gründe wurden genannt: "(Interesse) hängt in beiden Fällen stark vom Thema ab"

Geschichte und Politische Bildung : "immer wieder aktuelle Themen", "prinzipielles Interesse an Geschichte", "mir gefällt Geschichte (vor allem 20. Jahrhundert)"

Wirtschaft und Recht: "großes Interesse", "Interesse an politischen Themen, kaum Interesse an wirtschaftlichen Themen", "weil man es in der Arbeitswelt gut brauchen kann", "Kein Interesse an Politik", "beschäftige mich viel mit Politik (Österreich und EU)"

#### **Frage 3: Einfluss der Fächerkombination :**

hilfreich (4) b) störend (4) c) ausschlaggebend (0) d) eher abschreckend (5) e) neutral (2)

#### **Frage 4: Berücksichtigung der Fächerkombination im Unterricht :**

GSK: a) mehrmals (2) b) gelegentlich (8) c) kaum (5) d) nie (0)

WRPB: a) mehrmals (2) b) gelegentlich (8) c) kaum (5) d) nie (0)

#### **Frage 5: Mögliche Überlappungen des Lehrstoffs aus der Sicht der SchülerInnen :**

"Rechtsgeschichte" (2mal), "Politik", "bis jetzt war eigentlich keine Überlappung vorhanden, kann mir auch keine vorstellen", "noch mehr aktuelle Themen in beiden Gegenständen", "Überlappung von Geschichte und politischen Themen sind sinnvoll, wirtschaftliche Themen eher unpassend", "es wäre besser, wenn Gegenstände getrennt wären" (Anm: bei der Reifeprüfung ?), "gegebenenfalls für Wirtschaftsstudium", "keine", "EU, NATO, aktuelle Politik", "artverwandte Themen ca. im selben Zeitabschnitt zu behandeln", "soll sich vereinen => 1 Gegenstand", "was bei der Entstehung der Parteien passiert ist".

### ***b. Lehrerbefragung***

(bezogen auf 6 Abschlussklassen)

Von 9 ausgegebenen Fragebögen konnten 8 ausgewertet werden = Rücklaufquote 88%.

**Frage 1: Anzahl der Schüler pro Klasse, die das Fach wählten:**

7+2+1+4+4+5=23

**Frage 2: Anzahl der KandidatInnen seit Einführung der Fächerkombination**

mehr (0) b) ungefähr gleichviel (7) c) weniger (1)

**Frage 3: Gab es SchülerInnen, die deswegen verzichteten :**

3 mal "ja" (in Summe 11-13 SchülerInnen), 5 mal "nein"

**Frage 4: Gelangen Querverbindungen zum anderen Fach :**

mehrmals (0) b) gelegentlich (8) c) kaum (0) d) nie (0)

Nennen Sie Beispiele:

Geschichte und politische Bildung:

Parteien, Verfassung , Demokratie, Athen (Demokratie), Faschismus/Nationalsozialismus (Demokratie-Diktatur), Aufklärung (Gewaltentrennung), Französische Revolution, Kaiser Franz Joseph (Verfassung, Parteien)

Wirtschaftliche Bildung und Rechtskunde:

Staatsvertrag, Neutralität, Sozialpartnerschaft, Menschenrechte, 1.und 2. Republik, UNO, Verfassung, Staatsformen (Rechtslehre)

**Frage 5: Bereitschaft zur zukünftig stärker fächerübergreifend orientierten Zusammenarbeit :**

Vorweg eine Zusatzinformation: eine Kollegin gab mir den wichtigen Hinweis, dass "Geschichte und politische Bildung "laut neuem Lehrplan ein eigenständiges Maturafach und damit auch anders unterrichtet werden wird. Nicht Institutionenkunde steht im Vordergrund, sondern Bewusstmachen politischen Bewusstseins, Grundlagen schaffen für politische Handlungsfähigkeit!" (Anm: die Kollegin ist Lehrbeauftragte an der Universität Wien und ist daher auf dem neuesten Stand der Lehrplanentwicklung)

Die Frage 5 wurde von allen LehrerInnen bejaht, wenn auch zum Teil nach Lehrinhalten differenziert.

Beispiele für konkrete Anwendungen: „aktuelle politische Probleme“, "Abstimmen der behandelten Themen", "Staatsbürgerkunde : ja, Rechtslehre und wirtschaftliche Bildung: eher nein".

**Frage 6: Auswirkung des derzeit gültigen Fächerkanons :**

störend (3) b) neutral (4) c) fördernd (1)

**Frage 7: Kritik an der aktuellen Situation :**

“Fächerübergreifendes Unterrichten (ist) nicht vorgesehen, daher fächerübergreifendes Prüfen auch kaum möglich. ”

“keine Schwerpunktsetzung möglich”

“Bedeutung der rechtlichen und wirtschaftlichen Aspekte wird nicht erkannt”

“Prinzipiell(stört mich) nichts, aber eine eigenständige Geschichte (GSK) wäre mir lieber - Trend zur langsamen Verdrängung von GSK”

“(mich stört) nichts - Trennungsaufhebung nicht möglich, da verschiedene Lehrberechtigungen (damit verbunden sind); WRPB kann nur von Juristen unterrichtet werden (Teilgebiete eventuell von Kommerzialisten)”

**Frage 8: Vorschläge, um die Attraktivität der Fächerkombination für die Schüler/innen zu steigern**

“Lehrplanänderung und Änderung der Reifeprüfungsverordnung war sicher sinnvoll” (die Aussage bezieht sich auf die oben erwähnte Lehrplannovelle)

“durch Trennung” (2mal genannt)

“Lehrausgänge, bessere Schulbücher, Unterricht am Vormittag” (Anm: an unserer Schule haben humanistische Fächer häufig unter pädagogisch fragwürdigen Stundenplankriterien zu leiden, d.h. Unterricht am Nachmittag etwa von 15.00 bis 16.40, oder Samstag in der letzten Stunde)

“Steigerung (des Interesses) nicht notwendig”

“Mehr Unterrichtsstunden für WRPB”

## 6. Resümee

---

### *a. Fragebögen*

Die in beiden Gruppen hohe Rücklaufquote signalisiert eine (für mich unerwartet) hohe Bereitschaft zur Kooperation. (Fragebögen "offizieller" Natur haben erfahrungsgemäß viel weniger Echo ausgelöst.) Ich vermute, dass einerseits die direkte Befragung der betroffenen SchülerInnen eine Neueinführung an unserer Schule war. Andererseits dürfte meine konkrete Fragestellung nach der Sinnhaftigkeit von Reifeprüfungsvorschriften schon manch andere LehrerkollegIn beschäftigt haben.

Nach erfolgter Auswertung der Ergebnisse lassen sich daher folgende Schlüsse ziehen:

"Politische Bildung" wird als Wahlfach bei der Reifeprüfung durchaus ernst genommen. Bei den meisten SchülerInnen war die Motivation von Anfang an gegeben. Es lässt sich auch keine Spekulation in Richtung "anspruchloses Fach" oder "gute Note ist leichter zu bekommen" erkennen. Erfreulich hoch scheint das Interesse an Politik und aktuellem Tagesgeschehen zu sein, dabei ist das Herstellen von Gegenwartsbezügen und praxisnahe Unterricht von entscheidender Bedeutung. Ist dies der Fall, werden offensichtlich auch eher unbeliebte Lehrinhalte abstrakter Natur (z.B. historische Fakten oder Institutionenkunde) leichter akzeptiert und "verdaut". Themen aus dem Bereich Geschichte/Politik werden rein wirtschaftlichen Inhalten vorgezogen. Dies ist deshalb bemerkenswert, da an einer HTL naturgemäß stärker auf den künftigen beruflichen Alltag eingegangen werden muss als vergleichsweise an einer AHS. Es könnte aber auch ein Signal dafür sein, dass ein humanistisches Fach wie "Geschichte und Politische Bildung" einen notwendigen und geschätzten Ausgleich zur Dominanz technisch bzw. wirtschaftlich-orientierter Fächer herstellt.

Der Stellenwert eines humanistischen Gegenstandes ("ist bloß ein Nebenfach") hängt offenbar - zumindest, was die Schüler/innen betrifft- weniger von den gesetzlichen und schulischen Rahmenbedingungen (Curriculum, Stundenplan) ab als von der unterrichtenden Lehrkraft. Dies wird durch das Beispiel der Kollegin, die an der Universität Wien LehramtsstudentInnen im Fach Geschichte ausbildet, eindrucksvoll dokumentiert. Von 22 Schülern jener Abschlussklasse, die sie in "Geschichte und Politischer Bildung" unterrichtete, wählten immerhin 7 Schüler (bei weiteren 2-4 "Enthaltungen") das Fach "Politische Bildung" zur Reifeprüfung. Die Vergleichswerte in den anderen Abschlussklassen lagen merklich tiefer. Offenbar war in ihrem Fall eine besonders glückliche Kombination von hoher Eigenmotivation der Schüler und fachlich wie didaktisch qualifiziertem Unterricht gelungen.

### *b. Schlussfolgerungen in Bezug auf die konkrete Fragestellung:*

*Wie sinnvoll ist die Fächerkombination "Geschichte und Politische Bildung" sowie "Wirtschaft und Recht" bei der Reifeprüfung an einer Höheren Technischen Lehranstalt?*

Aus Schülersicht stellt sich die Problematik wie folgt dar:

Da bei der Befragung nur jene SchülerInnen erfasst wurden, welche die Fächerkombination prinzipiell bereits "akzeptiert" hatten, ist mir bewusst, dass ihre Aussagen nicht repräsentativ für die Gesamtheit der SchülerInnen sein können. Dennoch sind die Aussagen relevant, denn

die Kandidat/innen des Jahrgangs 1998/99 mussten schließlich mit den Folgen ihrer Entscheidung, bei der Reifeprüfung in "Geschichte und Politische Bildung" anzutreten, leben.

Meine Befürchtung, dass die noch nie zuvor praktizierte Fächerkombination so manche SchülerIn überfordert, scheint die Tatsache zu bestätigen, dass immerhin 9 von 23 Befragten sie als "störend" bzw. "abschreckend" einstufen. Die Antworten der LehrerInnen zeigen, wenn auch erst auf den zweiten Blick erkennbar, eine ähnliche Tendenz.

Auf die Frage #2 (Lehrerfragebogen) antworten die KollegInnen mehrheitlich, sie hätten kein Nachlassen der Anzahl der KandidatInnen gegenüber den Jahren vor der Einführung der Fächerkombination bemerkt. Konkret zeigt aber schon die Frage #1 starke Schwankungen bei den Nennungen (jeweils pro Klasse: 1/12, 2/13, 4/20, 4/11, 5/21, 7/22; Summe: 23/99). Die Summe der "Nicht-angetretenen" SchülerInnen beträgt 11-13, d.h. es waren ursprünglich noch viel mehr SchülerInnen an einem der beiden Fächer ernsthaft interessiert! (siehe Frage #3/Lehrerfragebogen).

Vor einer endgültigen Schlussfolgerung muss aber noch folgender Aspekt berücksichtigt werden: 4 SchülerInnen schätzen die Fächerkombination als "hilfreich" bzw. "neutral" (2) ein. Im keinem Fall war sie aber "ausschlaggebend". Die Einschätzung der Fächerkombination dürfte dabei meines Erachtens vom Schülertypus (Optimist/Pessimist) abhängen.

Aber auch die Einstellung der/s Lehrenden zum Fach sowie die Umsetzung der Lehrziele im Umgang mit den Jugendlichen und damit der Unterrichtsstil sind von entscheidender Bedeutung. Für viele KollegInnen ist es offensichtlich schon selbstverständlich, vom eindimensionalen, nur auf den eigenen Gegenstand fokussierten Unterricht abzugehen und moderne, eben interdisziplinäre Konzepte einzusetzen. Dabei dürfte es an unserer Schule den HistorikerInnen und Kommerzialisten leichter fallen, gemeinsame Nenner für die Unterrichtsarbeit zu finden als den Juristen (siehe Frage #5/Lehrerfragebogen). Die Aussagen der SchülerInnen sind diesbezüglich deckungsgleich. Interessant ist, welche Themen sie im Unterricht tatsächlich als fächerübergreifend wahrnehmen ("Parteien"). Die Liste der Beispiele für fächerübergreifende Inhalte der LehrerInnen ist um einiges länger und vor allem differenzierter (siehe Frage #4/Lehrerfragebogen). Das bedeutet, dass LehrerInnen schon einige Versuche in dieser Hinsicht unternehmen. 2/3 der SchülerInnen registrieren zwar die Bemühungen, können konkrete Beispiele aber nur in geringem Maß nennen. Immerhin ist evident, dass LehrerInnen auch ohne konkreten Auftrag des Gesetzgebers (eben die Festschreibung des fächerübergreifenden Unterrichtsprinzips in den Lehrplänen) tätig werden und aus Überzeugung pädagogisch zeitgemäße Methoden einsetzen. Da die SchülerInnen ihrerseits zwar den Wunsch nach fächerübergreifendem Unterricht äußern, jedoch wenig konkrete Vorschläge dazu machen, bleibt die Initiative derzeit primär den LehrerInnen überlassen.

Die geringe Erwartungshaltung der SchülerInnen bedeutet aber gleichzeitig die Chance, ohne "Erfolgsdruck" neue Wege zu beschreiten. Wie aus den Fragen #6 (Schülerfragebogen) bzw. #6 (Lehrerfragebogen) ersichtlich wird, haben alle LehrerInnen zumindest "gelegentlich" versucht, Inhalte fächerübergreifend zu vermitteln.

Doch wie beurteilen meine KollegInnen eigentlich die Situation?

Als einziger ist ein Jurist mit der derzeitigen Praxis einverstanden, 4 LehrerInnen zeigen sich eher unberührt, wogegen 3 die praktizierte Vorgangsweise als irritierend einstufen. Die Palette der geäußerten Meinungen reicht vom rein pragmatischen Standpunkt

(“Lehrberechtigungen erfordern Kopplung beider Fächer”) über die “Angst, dass Geschichte in Zukunft ins Hintertreffen geraten könnte” bis zu eindeutig ablehnenden Statements (siehe Frage #7/Lehrerfragebogen). In letzteren drückt sich der Unmut über die (siehe Lehrplan) nur wenig befriedigenden Umsetzungsmöglichkeiten der Fächerkombination aus. Die von den LehrerInnen diesbezüglich konkretisierten Wünsche bzw. Vorschläge orientieren sich an der Praxis des Schulalltags. So wird ausdrücklich für eine bessere Infrastruktur plädiert; man sollte humanistische Fächer möglichst nicht in Randstunden ansetzen, adäquate Lehrmittel vorsehen aber auch eine höhere Anschaulichkeit des Lehrstoffes durch persönliche Erfahrung bei Exkursionen ermöglichen .

Wenn man nun die Standpunkte der SchülerInnen mit den Meinungen der LehrerInnen vergleicht, findet man viele Übereinstimmungen, die zu einer eher negativen Beurteilung der Fächerkombination im Rahmen des Maturafaches “Politische Bildung” führen und damit meine Hypothese im Grossen und Ganzen unterstützen.

## 7. Ausblick

---

Da die Erhebung nur an einer einzigen Berufsbildenden Höheren Schule im Raum Wien durchgeführt wurde, wäre es vorschnell, allgemein gültige Schlüsse zu ziehen. Ich beschränke mich daher abschließend auf Handlungsempfehlungen für meinen persönlichen Unterricht, die vielleicht auch von anderen KollegInnen im konkreten Fall übernommen werden könnten. Konkret stelle ich mir folgende Maßnahmen vor:

- ⇒ Mitsprache bei der Stundenplaneinteilung der Abschlussklassen, d.h. Vermeidung von Randstunden
- ⇒ Fallweise Blockunterricht vereinbaren
- ⇒ bessere und rechtzeitige Koordination der Lehrinhalte/-ziele bei der Jahresplanung
- ⇒ gemeinsame Gestaltung der ersten und letzten Wochenstunde des jeweiligen Faches (verdeutlicht die Fächerkombination)
- ⇒ intensivere Zusammenarbeit während des Jahres (z.B. in Form von Team-Teaching, bei Projekten o.ä.)
- ⇒ gemeinsame Planung und Durchführung von Exkursionen
- ⇒ verstärkte Aktivierung der SchülerInnen im Unterricht speziell bei fächerübergreifenden Themen
- ⇒ SchülerInnen geben mir Feedback auf interdisziplinäre Aspekte des Unterrichts
- ⇒ Ich agiere als Multiplikatorin und informiere meine KollegInnen und Vorgesetzten über das Ergebnis meiner Fallstudie.

## **8. Anhang**

---